

SPD-Fraktion im Rat
der Stadt Waldbröl

Haushaltsrede 2015

(Es gilt das gesprochene Wort)

Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren,

Waldbröl steht vor großen Herausforderungen!

Die zentrale Frage dabei ist:

- Wie schaffen wir es, unsere Stadt zukunftsfähig und attraktiv zu gestalten?
- Wie schaffen wir es, der Stadt und ihren Menschen in eine Zukunftsperspektive zu bieten, die es lohnenswert macht, in Waldbröl zu leben?

Durch den Beschluss, das Integrierte Entwicklungs- und Handlungskonzept Schritt für Schritt umzusetzen, haben Rat und Verwaltung gemeinsam dokumentiert, dass sie die zentralen Fragen lösen wollen.

Wir warnen jedoch davor zu glauben, unsere Ziele wären so einfach umzusetzen. Dazu brauchen wir eine sachliche und vor allem qualifizierte Beratung, bevor wir die Beschlüsse für einzelne Projekte fassen.

Da kann und darf es keine Schnellschüsse geben, aus denen sich unkalkulierbare Risiken ergeben, wie dies bei der Mehrheitsentscheidung von CDU und UWG zur Sanierung der alten Feuerwache geschehen ist.

Hier wurde ein Beschluss, **kurz vor der Kommunalwahl**, ohne die notwendige Sorgfalt und Expertenabstimmung gefasst, der uns vermutlich noch teuer zu stehen kommen wird. Die Gesamtkosten sind heute nicht eindeutig zu kalkulieren. Die Sanierung im Bestand birgt erhebliche Risiken. Fachleute warnen heute bereits vor einem Fass ohne Boden.

Die SPD Waldbröl ist dennoch sehr froh darüber, dass nun endlich, nach jahrelangem Zögern, die Missstände behoben werden. Leider wurde jedoch eine fachliche Diskussion verhindert! Der Standort Krankenhauswiese mit einem Neubau auf einer ausreichend großen Fläche hätte viele Vorteile gegenüber dem alten Standort geboten.

Eins versprechen wir in diesem Zusammenhang: Wir werden die Kostenentwicklung am Standort Gerberstraße genauestens im Auge behalten!

Wir fragen uns deshalb natürlich auch heute noch, warum bei der Feuerwache nicht möglich war, was jetzt wie selbstverständlich bei der Realisierung des Rathausanbaus gemacht wird?

Beim Rathausanbau wird ein Architektenwettbewerb initiiert, der mit einem Zuschlag für die fachlich beste und wirtschaftlichste Lösung enden wird. Eine Auswahlkommission aus Rat und Verwaltung wird bei ihrer Entscheidungsfindung von externen Fachleuten beraten und unterstützt.

Das, meine Damen und Herren, ist der richtige Weg!

Die SPD freut sich natürlich sehr, dass unsere seit Jahren immer wieder aus personalwirtschaftlicher, finanzieller und umweltpolitischer Sicht gestellten Anträge auf die Realisierung eines Plus-Energie-Anbaues an das alte Rathaus endlich erfolgreich waren. Dafür bedanken wir uns bei allen Beteiligten und nicht zuletzt bei unserer rot/grünen Landesregierung, die das Projekt mit 80% Zuschuss fördert.

Das gilt auch für die Sanierung des Hallenbades. Auch hier gilt unser Dank, neben der Landesregierung, die auch hier eine 80%-Förderung in Aussicht stellt, Ihnen, meine Damen und Herren des Rates.

Wir freuen uns darüber, dass sich in einer von unserer Fraktion initiierten Besprechung alle Fraktionen bereit erklärt haben, an der Entwicklung eines tragfähigen Konzeptes für die Sanierung des Hallenbades mitzuwirken.

Denn uns ist wichtig, dass unsere Kinder in unserem Bad Schwimmen lernen können. Es soll auch in Zukunft Schul- und Vereinsschwimmen dort möglich sein.

Unser Hallenbad soll eine Sportstätte bleiben, die den Menschen der Region, aber auch unseren Gästen, die als Touristen in unsere Stadt kommen, die Möglichkeit bietet, Sport zu treiben, fit zu bleiben und soziale Kontakte zu knüpfen.

Noch einmal zurück zum Integrierten Entwicklungs- und Handlungskonzept:

Wir begrüßen sehr, dass der Rat mit der Einsetzung eines Gestaltungsbeirates ein wichtiges Expertengremium geschaffen hat, das in den einzelnen, anstehenden Entscheidungsprozessen berät und unterstützt.

Das Interessenbekundungsverfahren zur Neugestaltung des Merkur-Areals muss erfolgreich durchgeführt werden. Wir brauchen dort ein Gesamtkonzept, das städtebaulich überzeugt, die Menschen anspricht und damit anzieht, die Innenstadt mit ihren Geschäften stärkt und so die Stadtmitte aufwertet.

Es darf dort keinesfalls ein Klotz entstehen, **ein Merkur II**, der in wenigen Jahren wieder Leerstände aufweist und unattraktiv wird. Dies gilt es gemeinsam zu verhindern.

Dafür und für alle anderen Projekte brauchen wir kluge Entscheidungen des Rates, qualifizierte Umsetzungen der einzelnen Projekte durch die Verwaltung, aber auch die Solidarität aller Waldbrölerinnen und Waldbröler.

Wir begrüßen die Ausweisung der neuen Flächen im Gewerbepark, die es ermöglichen, neue Arbeitsplätze in Waldbröl zu schaffen. Dadurch wird mehr Beschäftigung entstehen und somit für zusätzliches Einkommen in der Stadt gesorgt werden.

Wir freuen uns über die Eröffnung des Panarbora-Parks in diesem Jahr und erwarten auch dadurch eine Belebung unserer Stadt, die wir jedoch auch infrastrukturell unterstützen müssen.

Wir brauchen deshalb dringend ein touristisches Gesamtkonzept, in dem unsere Wiehltalbahn, das Buddhistische Zentrum, die Wanderwege aber auch neue Übernachtungsmöglichkeiten eine wichtige Rolle spielen.

In dieser Situation, bei all diesen positiven Aspekten, dürfen wir jedoch nicht aus den Augen verlieren, wo wir zurzeit stehen und welche Rahmenbedingungen uns zur Verfügung stehen.

Es gibt Antworten auf die Frage: „Wo steht die Stadt Waldbröl heute?“, die jedoch nicht allzu positiv ausfallen.

1. Wir haben das zweitniedrigste Pro-Kopf-Einkommen im Kreis – nur Bergneustadt ist schwächer, also Platz 12 von 13.
2. Auf Landesebene liegen wir dabei auf Rang 341 von 396 Kommunen.
3. Wir sind die am höchsten verschuldete 20.000-Einwohner-Kommune in NRW.
4. Wir haben einen Schuldenstand von rund 60 Mio. €, dem ein Eigenkapital von nur noch 25 Mio. € gegenüber steht. Diese Schere wird bis 2022 noch viel stärker auseinander klaffen. Im besten Fall werden wir dann rund 85 Mio.€ Schulden angehäuft haben und nur noch über ca. 3 Mio. € Eigenkapital verfügen.

Dieses Ergebnis werden wir jedoch nur realisieren können, wenn wir bis dahin keine deutliche Zinserhöhung bekommen und uns die Banken trotz unserer Finanzmisere noch weitere Kredite gewähren.

Für die Höhe unserer Schulden in 2022 und das Kredit- und Zinsrisiko, vor dem wir heute stehen, tragen Sie, meine Damen und Herren der CDU und UWG und der Bürgermeister die Verantwortung, weil sie die 10 Mio. €, die uns die rot/grüne Landesregierung aus Stärkungspaktmittel schenken wollte, abgelehnt haben.

Für alle Verbindlichkeiten der Stadt Waldbröl, die aus der daraus resultierenden zusätzlichen Kreditaufnahme entstehen werden, haften wir als Steuerzahler und werden die Schulden in Zukunft – **plus Zinsen** - zurück zahlen müssen.

Wenn wir uns einig sind, unsere Stadt trotzdem in eine solide Zukunft zu führen, dann muss klar sein, dass das nicht ohne einen schmerzlichen Weg geht, der eine große Solidarität erfordert.

Und das bedeutet, wir Alle müssen uns finanziell an der Entwicklung unserer Stadt beteiligen!

Und das wiederum bedeutet, wir müssen bereit sein, höhere Steuern zu akzeptieren!

Das ist für uns Alle langfristig gesehen die preiswerteste Lösung, auch wenn das aus populistischen Gründen oftmals anders dargestellt wird.

Denn Jeder von uns weiß doch, dass bar bezahlte Rechnungen günstiger kommen, als ein Leben auf Pump. Wer für Leistungen Kredite aufnimmt, zahlt später die Rechnung plus Zinsen, und das ist **immer** teurer.

Das müsste sich jetzt mittlerweile auch bei Ihnen, meine Damen und Herren von CDU und UWG, herum gesprochen haben!

Dieses Prinzip gilt natürlich auch für den Haushalt der Stadt Waldbröl. Für die Dinge, die wir über Steuern finanzieren können, brauchen wir uns keine zusätzlichen Kredite aufzunehmen.

Genau deshalb war die Entscheidung, die geschenkten Stärkungspakt-Millionen abzulehnen, so fatal für unsere Stadt.

Sie wird uns dazu zwingen, in den nächsten Jahren die Steuern noch stärker anzuheben, da deshalb unsere Kreditsumme um diesen Betrag steigt und die anfallenden Zinsen noch dazu kommen.

Sie haben uns allen in Waldbröl damit einen Bärenienst erwiesen und verkaufen das noch als große Leistung. Das bittere Erwachen wird aber kommen.

Die SPD hat der Verantwortung, die wir für unsere Stadt haben, seit jeher Rechnung getragen. Wir haben für die Annahme der 10 Mio. € aus Stärkungspaktmitteln gekämpft und gestimmt. Leider ohne Erfolg!

Wir hätten deshalb auch in diesem Jahr eine Erhöhung der Grundsteuer B auf linear 700 % bis zum Ende unseres HSK-Zeitraumes mitgetragen. Damit hätten wir uns ein zusätzliches Finanzpolster in dem auf Kante genähten HSK geschaffen und hätten weitere Kreditaufnahmen reduzierten können.

Aus unseren Haushaltberatungen wissen wir, dass die Kämmerin diesen Ansatz genauso mitgetragen hätte, wie sie auch immer dafür war, aus unserer Verantwortung heraus die Stärkungspaktmittel von der Landesregierung anzunehmen.

Wir sprechen ihr und ihrem Team deshalb unsere Hochachtung für ihren verantwortungsbewussten Standpunkt aus und bedanken uns für die sehr gute Zusammenarbeit.

Wir tragen den in der Haupt- und Finanzausschusssitzung mehrheitlich beschlossenen Steuersatz von 590 % bei der Grundsteuer B mit und haben in diesem Zusammenhang überhaupt kein Verständnis für das Verhalten der Fraktionen, die die Anhebung der Grundsteuer B und somit den Haushalt 2015 ablehnen.

Die Grundsteuer B ist die solidarischste Form der Finanzierung unserer Zukunft. Alle, ob Hausbesitzer oder Mieter, haben ihren Anteil daran zu entrichten. Die finanzielle Belastung wird auf alle Schultern verteilt und fällt für jeden Einzelnen somit moderat aus.

Glauben Sie tatsächlich, meine Damen und Herren von UWG und FDP, ein niedrigerer Steuersatz, und damit die Finanzierung unserer Stadtentwicklung weiterhin auf Pump, sei preiswerter für uns?

Ehrlich gesagt, können wir nicht glauben, dass Sie das glauben.

Es nutzt in diesem Zusammenhang auch nichts, wenn wir hier immer nur mit den Fingern auf Andere zeigen und die sogenannte fehlende Konnexität beklagen. Natürlich setzen wir uns alle für eine gerechte Finanzierung der Kommunen durch Bund und Land ein. Dies entbindet uns aber nicht von unserer eigenen Verantwortung.

Und nicht zuletzt haben der Bund und insbesondere das Land NRW in den letzten Jahren zweistellige Millionenbeträge nach Waldbröl fließen lassen. Sie werden sich darüber hinaus auch in den nächsten Jahren in erheblichem Maße an unseren Projekten beteiligen.

Aber in unserem föderalen System müssen Alle, Bund, Land, Kreis, Kommunen und die Bürgerinnen und Bürger ihren Teil dazu beitragen, dass die Zukunft gestaltet werden kann.

Deshalb gilt unser Appell allen Verantwortlichen:

Lassen Sie uns gemeinsam Verantwortung für Waldbröl und unsere Zukunft übernehmen!

Die SPD-Fraktion wird dem Haushaltsplanentwurf der Kämmerin zustimmen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.